

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Reichsmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionschluss: Montag morgens 9 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: für die Petitzeile 0,60 Reichsmark (Reklame 1,20 Reichsmark) zur Zeit der Zahlung. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Wer zersplitterte die deutsche Gewerkschaftsbewegung?

Sie lebt also noch, die alte Agitationsflüge. „Katholische Geistliche und Unternehmer haben die christliche Gewerkschaftsbewegung aus der Taufe gehoben, um die aufblühende deutsche Gewerkschaftsbewegung zu zersplittern.“ So der „Grundstein“, das Organ des Deutschen Baugewerksbundes, in seiner Nr. 32/1927. Er spricht damit unserer Bewegung nicht nur die Existenzberechtigung, sondern auch die Ehre ab. Zugleich greift er die persönliche Ehre jener schlichten Arbeiter an, die einst aus ungeheurer Gewissensnot heraus die christlichen Gewerkschaften ins Leben riefen und zum großen Teil heute noch ihre Führer sind. Dagegen uns zu wehren, ist Pflicht. Selbstachtung, Treue zu den Führern und historische Wahrheit gebieten sie gleicherweise.

Der „Grundstein“ vergewaltigt die historische Wahrheit. Nicht erst seit den christlichen Gewerkschaften ist die deutsche Gewerkschaftsbewegung zersplittert. Fast von ihrer Geburtsstunde an war sie zerrissen. Noch im gleichen Jahre, in dem die sozialistische Gewerkschaftsbewegung ins Leben trat, wurden die sogenannten Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften gegründet. Die Ursache war damals schon die Unzulässigkeit der sozialdemokratischen Gewerkschaftler und vor allem der sozialdemokratischen Führer.

Die auf marxistische Gedankengänge zurückgehenden Gewerkschaften waren lange Zeit nicht einmal in sich eine Einheit. Neben den sozialistischen Zentralverbänden bestanden die lokalistischen Organisationen anarcho-syndikalistischer Tendenz. Die Reste derselben ragen bis in unsere Zeit hinein, wie der erst vor kurzem erloschene Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter und die heute noch bestehende Wehr-Union und andere kommunistische Gewerkschaftsgebilde beweisen. Also nicht einmal aus seinen eigenen Kreisen hat der Marxismus die Gewerkschaftszersplitterung fernzuhalten vermocht.

Die freien Gewerkschaften waren von Anfang nicht frei, sondern sozialdemokratisch.

Die sozialdemokratische Parteibewegung war bis in die 70er Jahre in zwei Zweige gespalten, und entsprechend stellte sich die Gewerkschaftsbewegung dar. In den 60er Jahren war, als Auswirkung der Lassalle'schen Agitation, der sozialdemokratische Allgemeine Deutsche Arbeiterverein entstanden, der besonders in Nord- und Ostdeutschland Verbreitung fand. Als nun im Jahre 1868 durch die Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes den Arbeitern das Koalitionsrecht gegeben wurde, befürchteten die Führer davon eine Schädigung dieses parteipolitischen Vereins. Um diese Gefahr abzuwenden, gründete man kraft eigener Machtvollkommenheit sofort mit einem Schläge von oben zehn gewerkschaftliche Zentralverbände, aber keine freien, sondern abhängige, dem sozialdemokratischen Allgemeinen Arbeiterverein unterstellte Verbände. Die Vorstände der Verbände sollten Delegierte nach Berlin zu einem sog. Gewerkschaftsbund entsenden. An dessen Spitze sollte ein dreiköpfiges Präsidium treten, aber nicht nach freier Wahl der Gewerkschaften, sondern dieselben Leute, die im sozialdemokratischen Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein an der Spitze standen.

Die zweite sozialdemokratische Richtung, vornehmlich in Süd- und Mitteldeutschland vertreten, die Anhänger von Karl Marx und der internationalen Arbeiterassoziation, machten es genau so wie die Lassalleaner und ließen ebenfalls keine freien Gewerkschaften aufkommen. Das deutsche Zentralkomitee der sozialistischen internationalen Arbeiterassoziation schrieb darüber in einer Denkschrift:

„Die Gewerkschaften, die Grundbestandteile der Parteioorganisation bildend, haben stetsfort, indem sie sich mit ihren Sachgenossen aller Länder über

ihre speziellen Berufsinteressen verständigen, besondere Zentralfürsorge gründen, eine internationale Tendenz zu befolgen, dabei jedoch stets ihre Bestrebungen mit den Zwecken der Allgemeinen internationalen Regenerationspartei in Übereinstimmung zu bringen.“ (Bringmann in seiner „Geschichte der deutschen Zimmererbewegung“, I, 363.)

Als Zeitungen der beiderseitigen „Gewerkschaften“ dienten die betreffenden sozialdemokratischen Parteiorgane „Der Sozialdemokrat“ und „Der Volksstaat“. Als die Lassalleaner im Jahre 1874 ein besonderes Gewerkschaftsblatt gründeten, „Der Pionier“, fügten sie ausdrücklich bei: „Organ der sozialistischen Gewerkschaften“.

So also sahen die „freien“ Gewerkschaften aus bei ihrer Gründung, und zwar nicht bloß der eine oder andere Verband, diese oder jene örtliche Gründung, nein die gesamte damalige Bewegung; es waren von vornherein ausgesprochene Agitationsvereine der Sozialdemokratie.

Eine gewisse äußerliche Umwandlung der freien Gewerkschaften trat

unter dem Sozialistengesetz

ein. Dieses 1878 erlassene Gesetz verbot bekanntlich sozialdemokratische Vereinigungen. Anfänglich nur gegen die politischen Organisationen der Sozialdemokratie angewendet, wurden bald auch die Gewerkschaften davon betroffen. Um der völligen Vernichtung zu entgehen, mußten neue Wege begangen werden. Der eine war die Gründung der sogenannten Hamburger Kassen, das sind freie Hilfskassen, die zum Teil heute noch bestehen. Der andere war, daß die Gewerkschaften sich bemühten, nach außen als reine Fachverbände zu erscheinen. Zu diesem Zwecke wurde für jeden Verband eine Fachpresse geschaffen und das Unterstützungsweesen ausgebaut. Der sozialdemokratische Gewerkschaftsführer Legien sagt von dieser Zeit:

„Die Verbände bezeichneten sich als Unterstützungsverbände und vermieden äußerlich (!) aufs sorgfältigste, auch nur den Schein zu erwecken, daß zwischen ihnen und der sozialdemokratischen Partei eine Solidarität bestehe.“ (Legien: Die deutsche Gewerkschaftsbewegung, S. 6.)

Schippel gestand später auf dem Kölner Parteitag (1893) von jener Periode offen zu:

„Unter dem Ausnahmegegesetz aber, gerade in Berlin, wo ja die Lokalorganisationen noch heute ihre Hauptvertreter haben, mußten wir, da wir keine politischen Versammlungen haben konnten, die Gewerkschaften mit zur Erreichung politischer Zwecke benutzen.“ (Protokoll S. 207.)

Also nicht nur eine Vorhülle der Sozialdemokratie waren in jener Zeit die freien Gewerkschaften, sondern geradezu der Ersatz für die fehlende sozialdemokratische Parteioorganisation.

Es folgte eine

Periode des Kampfes zwischen „freien“ Gewerkschaften und politischer Sozialdemokratie.

Im Jahre 1890 wurde das Sozialistengesetz, dieser verhängnisvolle Irrtum Bismarcks, aufgehoben. Die Gewerkschaftsverbände, durch die erzwungene äußere Neutralität an größere Selbständigkeit gewöhnt, mit eigenen Fachblättern und Unterstützungs-einrichtungen ausgestattet, vielfach auch finanziell erstarkt, gingen daran, ihre Organisation weiter auszubauen. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands wurde geschaffen und damit die Bewegung einheitlich über Reich zusammengefaßt. Es war gegen früher eine reinlichere organisatorische Trennung der beiden Teile, der innere, geistige Zusammenhang wurde als selbstverständlich beibehalten. Aber über Art und Umfang dieses Zusammenhangs gerieten die beiden Brüder nun in ein Rennen, bei dem bald die Gewerkschaften, bald die Partei unten lagen. In der, wie gesagt, rein organisatorischen Selbständigkeit der Gewerkschaften erblickte die sozial-

demokratische Parteileitung eine Gefahr, in der Gründung der Generalkommission gar eine gefährliche Konkurrenz; man befürchtete, daß sie sich zu einer Art „zweiten Parteivorstand“ auswachsen würde. Am schwersten aber wog die Furcht, die Arbeiter könnten durch eine intensivere Betätigung der Gewerkschaften und entsprechende materielle Erfolge von dem sozialistischen Endziel und damit von der politischen Bewegung abgelenkt werden.

In diesem Ringen kamen zunächst die Gewerkschaften unten zu liegen. Nach dem Jahre 1890 wurde die deutsche Wirtschaft von einer schweren Krisis heimgesucht, die erst nach 1895 einer kräftigen Erholung wich. Darunter litten naturgemäß die Gewerkschaften. In ihrer Not suchten sie Hilfe bei der sozialdemokratischen Partei, gewissermaßen als Gegenleistung gegen die bisher erwiesenen Handlangerdienste. So kam auf die Tagesordnung des sozialdemokratischen Parteitages zu Köln (1893) der Antrag:

„Es wird von jedem Parteigenossen erwartet, daß er sich der gewerkschaftlichen Organisation seiner Branche anschließt.“ In den verschiedensten Formen kehrte dieser Antrag wieder. Eine Gruppe beantragte, die Gewerkschaftsbewegung nach Kräften zu fördern und die Arbeiter in ihren Berufen zu organisieren, damit dieselben politisch vorgebildet werden“ (Protokoll S. 24).

Legien, der Vorsitzende der Gewerkschaften auf diesem Parteitag, glaubte die erbetene Hilfe am ehesten zu bekommen, indem er immer wieder die Dienstwilligkeit der Gewerkschaften gegenüber der Partei betonte. Mit schöner Offenheit gestand er zu:

„Die gewerkschaftliche Organisation ist die Vorhülle für die politische Bewegung. Wenn wir an Arbeiterkreise, die absolut dem wirtschaftlichen und politischen Kampfe bisher ferngeblieben haben, herantreten wollen, so dürfen wir ihnen zuerst nicht mit weittragenden politischen Ideen kommen; die Gewerkschaftsorganisation zieht den Arbeiter dadurch heran, daß sie ihm materielle Vorteile in Aussicht stellt, ihm den Mangel an Harmonie zwischen Arbeit und Kapital klarlegt, und so auch die indifferentesten Arbeiterschichten in die Bewegung hineinzieht. So ist sie das beste Agitationsmittel für die politische Bewegung“ (Protokoll S. 183).

Aber alle schönen Reden konnten das Mißtrauen der Parteizustimmen nicht beseitigen. Diese, vor allem Bebel und Luer, ließen die Gewerkschaftler deutlich fühlen, wie gering sie die gewerkschaftliche Arbeit einschätzten. „Aus ganz natürlichen und selbstverständlichen Ursachen wird den Gewerkschaften ein Lebensjaden nach dem anderen abgeschnitten“, so meinte mit schöner Selbsticherheit Bebel (Protokoll S. 201). Damit nicht genug, Legien und die Generalkommission mußten für ihr ergebenes Bitten auch noch Spott und Hohn in Kauf nehmen. „Gefränkte Leberwürste“, „Nachgeborene“, die „zu spät auf die Welt gekommen“ sind, „absolute Urteilsunfähigkeit“ usw., das waren die Liebenswürdigkeiten, mit denen offizielle Parteiredner die Gewerkschaftsgruppe bedachten. Nur Handlangerdienste für die Partei wurden den Gewerkschaften zugestanden, und diese fügten sich darein. Legien selbst krönte die mißtrauischen Wächter der Partei mit dem Geständnis: „In Deutschland ist es absolut unmöglich, die gewerkschaftliche Organisation zu solcher Bedeutung zu bringen, daß sie die politische zu überflügeln vermöchte. Die ganze Bewegung geht ja von rein politischen Gesichtspunkten aus“ (Protokoll S. 215).

Dann schienen vorübergehend die Gewerkschaften oben auf zu sein. Auf die wirtschaftlich mageren Jahre von 1890 bis 1895 folgten fettere. Das kam auch den Gewerkschaften zugute. Zahlreiche Lohnbewegungen wurden geführt, nicht selten schon Tarifverträge abgeschlossen. Diese praktischen Erfolge und manches andere rückten die Gewerkschaften stärker in den Vordergrund des Interesses, und in gleichem

Maße trat das parteipolitische Interesse zurück. Das war die Zeit, in der die Gewerkschaften wieder stärker in „Neutralität“ machten. Dabei tat sich besonders Sue im Bergbau hervor — er hatte Anlaß dazu, denn die christlichen Bergarbeiter waren inzwischen des Leidens in den freien Gewerkschaften müde geworden und hatten im Jahre 1894 die erste christliche Gewerkschaft gegründet. Ernst gemeint war diese „Neutralität“ von den freien Gewerkschaften nicht, immerhin verdient anerkannt zu werden, daß damals für sie schon Mut dazu gehörte, auch nur neutral zu scheinen.

Aber das war den amtlichen Parteikreisen schon zuviel. Von ihrer Seite wurde eine Heße gegen die Gewerkschaften wegen ihrer „Neutralitätsduselei“ entfacht. Abgegangen der Partei bereiten die Industriemänner, und in politischen Massenversammlungen Stimmung gegen die gewerkschaftliche Neutralität zu machen. Die radikale Schwelung der Sozialdemokratie auf ihrem Parteitage zu Dresden (1903) tat ein übriges.

Es war ein mühsiger Streit. Denn, wie gesagt, die Neutralität war von den Gewerkschaften ja gar nicht ernst gemeint. Der Chefredakteur des „Vorwärts“, Stroebel, hat es 1906 deutlich eingestanden, indem er in einem Vortrage erklärte: „Gegenwärtig sei man von dem Gedanken der völligen Neutralität mehr und mehr zurückgekommen, nachdem man gesehen habe, daß durch die Neutralität nicht die beabsichtigte Wirkung: Aufhebung der Kirch-Dunderschen und Christlichen durch die freien Gewerkschaften erzielt wurde („Vorwärts“ 1906, Nr. 201).

Uebtriges haben der frühere Zentralverband der Maurer und sein Organ, der „Grundstein“, nie in den Verdacht geraten können, neutral auch nur zu scheinen. Als einmal die Partei aus rein taktischen Erwägungen — es war zur Zeit der Entsetzung der christlichen Gewerkschaften! — den umgekehrten Weg ging und den Gewerkschaften empfahl, ihre „Neutralität“ stärker zu betonen, war der „Grundstein“ so naiv, diese Aufforderung ernst zu nehmen. In einem im Jahre 1900 erschienenen Artikel: „Neutralitätsduselei“ zog er gegen die parteipolitische Neutralität der Gewerkschaften gewaltig vom Leder. Leider geht es nicht an, die ganze interessante Epistel zu Ruz und Frommen unserer Leser hier abzuzeichnen. Folgende Stichprobe möge genügen:

„Wir haben bei keiner Gelegenheit auszusprechen verjämmt“ schreibt der „Grundstein“, „daß wir die Gewerkschaften vom sozialdemokratischen Geiste erfüllt und geleitet wünschen, daß wir es für notwendig halten, daß alle Gewerkschaftsmitglieder überzeugte Sozialdemokraten sein müssen. Wir werden also niemals die Hand dazu bieten, daß die Gewerkschaften dahin kommen, der Sozialdemokratie auch nur kühl, geschweige denn feindlich gegenüberzutreten.“

Das bedarf wohl keines Kommentars, verträgt allerdings auch keine nachträgliche „Interpretation“.

Ruhe gab's auch nach der Beilegung des Neutralitätsstreits zwischen Partei und Gewerkschaften noch nicht. Immer wieder brachten Einzelfragen neuen Zwist. Heute war's die Raiffeier, morgen die Tarifvertragsfrage, übermorgen der Massenstreik. Und in welchen Formen wurden die Meinungsverschiedenheiten ausgetragen! Persönliche Anrempelungen wurden nicht verschmäht, an die Leidenschaften wurde appelliert, um die Gewerkschaftsführer zu verdächtigen und schwachmatt zu legen. Bis es diesen zu bunt wurde und sie sich in einer Vorhändelerferenz in Berlin zusammenfanden, um sich über ihr hartes Los zu trösten. Da war zu vernehmen:

„Selbstgefällige, prählende Borniertheit hat die rote Rosa (Luxemburg) uns vorgeworfen... „Zustritte ins Kreuz“ haben wir erhalten... „Reichsbrunnen Gewerkschaftsbeamtenkonvention“... „Pien-nigsthafer“, „Kreuzträger“, „Piktoren“, „Spiegel“ hat man uns geschimpft... Wir haben geschwiegen im Interesse der Einigkeit (Sehr bezeichnend! D. Red.), wir haben uns prägnant lassen... Man hat verfaßt, in der Parteipresse, in Besprechungen in ganz hirnmaliger Weise die Massen gegen die Führer der Gewerkschaften aufzuheben (Sehr richtig!). Man hat ihnen gesagt: Seht, das sind die vollgestellten Aerte, mit denen müßt ihr euch aneinandersetzen.“ (Protokoll der Konferenz der freien Gewerkschaftsvorstände vom 19. bis 23. Februar 1906.)

Aber das waren nur die Redereien von Sieben-den, wenn auch etwas derbe. Partei- und Gewerkschaften, auf den gleichen geistigen Grundlagen beruhend, mußten sich schließlich zusammensinden, und sie fanden sich.

Der sozialdemokratische Parteitag zu Mannheim (1906) bestimmte das fernere Verhältnis von Partei und Gewerkschaften.

Er faßte folgenden Beschluß, der den sozialdemokratischen Charakter der freien Gewerkschaften nur noch deutlicher herausarbeitete, ihre Bindung an die Partei noch fester geschnitten:

„Der Parteitag empfiehlt nochmals beionders nachdrücklich die Beschlüsse zur Nachachtung, die

die Stärkung und Ausbreitung der Parteiorganisation, die Verbreitung der Parteipresse und den Beitritt der Parteigenossen zu den Gewerkschaften und der Gewerkschaftsmitglieder zur Parteiorganisation fordern...“

Die Gewerkschaften sind unumgänglich notwendig für die Hebung der Klassenlage der Arbeiter innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft, sie sind nicht minder notwendig wie die sozialdemokratische Partei, die den Kampf für die Hebung der Arbeiterklasse und ihre Gleichberechtigung mit den anderen Klassen der Gesellschaft auf politischem Gebiet zu führen hat, im weiteren aber über diese ihre nächste Aufgabe hinaus die Befreiung der Arbeiterklasse von jeder Unterdrückung und Ausbeutung durch Aufhebung des Lohnsystems und die Organisation einer auf der sozialen Gleichheit aller beruhenden Erzeugungs- und Austauschweise, also der sozialistischen Gesellschaft, erstrebt, ein Ziel, das auch der klassenbewußte Arbeiter der Gewerkschaft notwendig erstreben muß. Beide Organisationen sind also in ihren Kämpfen auf gegenseitige Verständigung und Zusammenwirken angewiesen.

Um bei Aktionen, die die Interessen der Gewerkschaften und Partei gleichmäßig berühren, ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen, sollen die Zentralleitungen der beiden Organisationen sich zu verständigen suchen. Um aber jene Einheitslichkeit des Denkens und Handelns von Partei und Gewerkschaft zu sichern, die ein unentbehrliches Erfordernis für den siegreichen Fortgang des proletarischen Klassenkampfes bildet, ist es unbedingt notwendig, daß die gewerkschaftliche Bewegung von dem Geiste der Sozialdemokratie beherrscht werde. Es ist daher Pflicht eines jeden Parteigenossen, in diesem Sinne zu wirken“ (Protokoll S. 473).

Wohlgemerkt, der sozialdemokratische Parteitag faßte diesen Beschluß. Die freien Gewerkschaften hatten sich nur zu fügen. Und sie haben sich gefügt, alle ohne Ausnahme.

Demnach gestaltete sich das Verhältnis der beiden Teile wie folgt:

1. Partei und Gewerkschaften sind nur äußerlich (organisatorisch) getrennt.

2. Die beiderseitigen Organisationen sind aber in wichtigen Fragen nicht selbständig, sondern auf eine Verständigung untereinander angewiesen.

3. Sozialdemokratische Partei und freie Gewerkschaften sind eine ideale (geistige) Einheit. Denn: „Die gewerkschaftliche Bewegung muß vom Geiste der Sozialdemokratie beherrscht werden.“

Die sozialdemokratische Praxis der freien Gewerkschaften seit dieser Einigung ist unseren Mitgliedern, wenigstens den älteren, noch in zu früher Erinnerung, als daß wir ausführlich darauf eingehen müßten. Die Blätter der freien Gewerkschaften und diese selbst waren und sind bis auf den heutigen Tag in sozialdemokratischem Geiste geleitet. Gewaltige Summen aus gewerkschaftlichen Sammlungen oder auch unmittelbar aus Gewerkschaftskassen wurden im Laufe der Jahre für sozialdemokratische Wahlpropaganda, für Gründung sozialdemokratischer Parteibrudereien und sozialdemokratischer Parteiblätter zur Verfügung gestellt. Das Bildungsweesen war vielfach gemeinsam. Die Anstellung als Beamter in den freien Gewerkschaften war früher meist an den Nachweis mehrjähriger Parteizugehörigkeit geknüpft, während man nie gehört hat, daß ein ausgesprochen christlicher Arbeiter in den freien Gewerkschaften zu einer Führerstellung gelangt wäre. Die Freidenkerei und Kirchenaustrittsbewegung wurde von den freien Gewerkschaften nachdrücklich gefördert. Sehr zu recht führte bereits auf dem Jenaer Parteitag (1905) der Gewerkschaftsbeamte Wuschik, Berlin aus:

„Tatsache... ist es, daß ein großer Teil der Gewerkschaftsbeamten eine größere politische Tätigkeit entfaltet, als man ahnt. Nicht in großen Versammlungen, aber in den kleinen Gewerkschaftsversammlungen, wo wir es mit den noch am wenigsten aufgeklärten Arbeitern zu tun haben, nehmen wir jede Gelegenheit wahr, um die Arbeiter auch politisch aufzuklären...“ (Protokoll des Jenaer sozialdemokratischen Parteitags, S. 255).

Und ein Angestellter des damaligen Maurerverbandes unterstrich dies Eingeständnis mit den Worten:

„Haben nicht die Gewerkschaften täglich und ständig den reinen, puren Klassenkampf gelämpft, haben sie nicht bis ins letzte Korn den Samen des Sozialismus getragen? (Zustimmung.) Welcher Geist herrscht in der Presse, namentlich der großen Verbände? Unausgesprochen wird auch die sozialistische Gedankenwelt propagiert... Wir haben es bisher immer für die Aufgabe der Gewerkschaften gehalten, für die Partei zu agitieren...“ (Protokoll S. 263.)

Zu der Tat, Boemelburg, der verstorbene Führer des früheren Zentralverbandes der Maurer hatte recht, als er auf dem Gewerkschaftskongress zu Köln (1905) sagte: „Partei und Gewerkschaften sind eins.“

Darin ist auch keine grundsätzliche Aenderung eingetreten, nachdem der Nürnberger Kongress der freien Gewerkschaften (1919 oder, 1920) erneut die parteipolitische Neutralität der Gewerkschaften ausgesprochen hat. Dazu gab einzig die Tatsache Veranlassung, daß nach dem Kriege die sozialistisch-

marxistische Partei sich nicht mehr als Einheitspartei darstellte, sondern in drei Teile zerfiel war: In Mehrheitssozialdemokraten, Unabhängige Sozialdemokraten und Kommunisten. Die parteipolitische Neutralität war lediglich den drei marxistischen Parteien gegenüber gerichtet, das hat die Folgezeit deutlich bewiesen. Und nicht einmal in dieser Beschränkung ist sie gehalten worden, wie der heutige Kampf der freien Gewerkschaften gegen die Kommunisten beweist.

Die Religionsfeindschaft der freien Gewerkschaften

bedarf nach alledem eigentlich keines besonderen Nachweises: Die Sozialdemokratie der Vorkriegszeit schäumte geradezu über von einem giftigen Religions-, Kirchen- und Priesterhaß, und also taten es auch ihre getreuen Vasallen, die freien Gewerkschaften. Es widerstrebt uns innerlich, die damals erreichten Tiefen in allen Einzelheiten aufzuzeigen. Nur einige Stichproben mögen folgen:

Der „Grundstein“ schrieb in seiner Nr. 49, 1904: „Du mußt eindringen in das Reich der Natur, also den Naturwissenschaften dich zuwenden. Sie werden dich belehren, daß nicht „Gott die Welt in sieben Tagen erschaffen“ hat, sondern sich alles, was da ist, nach ewigen, unzerstörbaren, natürlichen Gesetzen entwickelt hat.“

Und ein anderes freies Gewerkschaftsblatt, das aber in den letzten Jahren eine anerkanntswerte Zurückhaltung in religiösen Dingen beobachtet hat und dessen Name deshalb hier verschwiegen sei, schrieb im Jahre 1902:

„Die moderne Arbeiterbewegung würde sich einen lästigen Pfahl im Fleische stecken lassen, wenn sie über ihre Stellung zum Kirchenglauben irgendwelche Unklarheit bestehen lassen wollte. Die Sozialdemokratie als Weltanschauung kann zur Kirche gar keine andere Stellung einnehmen, als daß sie deren Betäubungsmittel verwirft und die weitaus meisten Lehren derselben entschieden bekämpft.“

Und in einer Nummer desselben Blattes aus dem Jahre 1906 heißt es:

„Schon seit Jahrzehnten ist der Ruf ertönt: „Geraus der Kirche!“ Der Erfolg ist bisher verhältnismäßig gering gewesen... Jetzt dagegen erscheint die Entwicklungstufe erreicht zu sein, von der aus das Zerbrechen des kirchlichen Gängelbandes zur inneren Notwendigkeit geworden ist... Unsere Aufgabe ist, die vorhandenen Stimmungen und Strömungen zu verstehen und sie kraftvoll zur Entfaltung zu bringen... Wann und wo deshalb in den Kreisen der Arbeiter der Gedanke laut wird, durch einen Massenaustritt aus der Kirche gegen die Reaktion, gegen Volksverdummung und Volksentrechtung zu protestieren, dann bleibe keiner zurück. Außerhalb der Kirche ist Licht und Luft, in ihr dumpfe Finsternis und Leichengeruch.“

Gewiß liegen diese Zeugnisse hinter der Gründung der meisten christlichen Gewerkschaften. Aber vorher war es nicht besser, eher schlimmer. Dem „Grundstein“ möchten wir bei dieser Gelegenheit noch sagen, daß er damals in giftigem und zuweilen geradezu toblichem Religions-, Kirchen- und Priesterhaß an der Spitze aller „freien“ Gewerkschaftsblätter marschierte, darin geradezu Rekorder aufstellte. Hoffentlich kennt der heutige „Grundstein“-Redakteur die Geschichte seines eigenen Blattes besser als die Entstehungsgeschichte der christlichen Gewerkschaften, sonst müßten wir ihm doch noch mit einem ausgedehnten Tatsachenbeweis kommen.

Kann nach alledem noch ein Zweifel sein, wer die deutsche Gewerkschaftsbewegung zersplittert hat? Wer die von uns angeführten, zumeist dokumentarisch belegten und im übrigen offenkundig historischen Tatsachen und den ganzen Entwicklungsgang der „freien“ Gewerkschaften unboreingenommen auf sich wirken läßt, der kann nur sagen, die Gründung der christlichen Gewerkschaften war eine zwingende historische Notwendigkeit, ja, die christlichen Arbeiter wären charakter- und ehrlose Wichte gewesen, hätten sie sie nicht gegründet. Die „freien“ Gewerkschaften haben die Gründung der christlichen Gewerkschaften erzwungen, durch ihre einseitige Bindung an die sozialdemokratische Partei und die sozialistisch-marxistische Gedankenwelt und weiter durch ihre religions- und kirchenfeindliche Betätigung, in der, wie gesagt, gerade der „Grundstein“ Triumphe feierte. Sie und nur sie allein tragen daher die Verantwortung für die durch die Gründung der christlichen Gewerkschaften erfolgte Zersplitterung der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Darüber hat die Geschichte längst ihr Urteil gesprochen.

Aber der „Grundstein“ sagt auch, „katholische Geistliche und Unternehmer“ hätten die christlichen Gewerkschaften „aus der Taufe gehoben“. Er jinkt damit in seiner Bekämpfung unserer Bewegung wieder auf ein ganz tiefes Niveau. Die historische Wahrheit ist, daß die Gründung der christlichen Gewerkschaften ganz der Initiative der christlichen Arbeiter entspringen ist, daß die ursprünglich hantelnden Personen in allen christlichen Gewerkschaften

schlichte Arbeiter waren: bei den Bauarbeitern der Tischler Weigel und die Maurer Joseph Wiedberg und Joh. Becker (Köln), bei den Bergarbeitern der Kohlenhauer August Brust, bei den Holzarbeitern die Tischler Stegerwald und Kurtscheid, bei den Metallarbeitern der Formier Franz Wieber, bei den Tabakarbeitern der Zigarrmacher Gerhard Cammann, bei den Lederarbeitern der Schuhmacher Theodor Kieneder, und so durch die Bank bis auf den letzten christlichen Gewerkschaftsverband. Wohl haben wir, genau so wie die „freien“ Gewerkschaften, Freunde und Förderer außerhalb unserer Reihen gehabt. Historische Tatsache ist aber, daß die christlichen Gewerkschaften bei ihrer Gründung in geistlichen Kreisen weit mehr Skeptizismus und Ablehnung, als Sympathie und Förderung gefunden haben. Ueberhaupt waren die christlichen Gewerkschaften jederzeit reiner und ausgeprägter Arbeiterbewegung als die freien Gewerkschaften — ein freies Gewerkschaftsblatt wurde lange Jahre von einem jüdischen Akademiker redigiert! — und auch geistig wurden sie weit weniger als diese von außen beeinflusst — siehe das oben gekennzeichnete Hineinregieren der sozialdemokratischen Parteiinstanzen in die freien Gewerkschaften. Wenn der „Grundstein“ aber sogar behauptet, Unternehmer hätten die christlichen Gewerkschaften aus der Taufe gehoben, so ist das eine solche groteske Bergewaltigung der Tatsachen, daß wir ihn schon auffordern müssen, den Beweis dafür zu erbringen. Solange er das nicht getan hat, müssen wir seine Behauptung als eine Verleumdung und Ehrabschneidung bezeichnen.

Aus dem Verbandsleben

Lingen. In Nr. 33 des „Grundstein“ finden wir einen Bericht der Ortsgruppe Lingen des Deutschen Baugewerksbundes. Wenn der Berichtschreiber die Ueberschrift seines Berichts „Du sollst kein falsches Zeugnis reden“ als Leitmotiv beim Schreiben des Berichts genommen hätte, dann hätte der Bericht bestimmt anders ausgefallen. Unscheinend hat er sich aber wie gewöhnlich von dem Gedanken leiten lassen: „Lüge nur feste drauf los, es bleibt bestimmt etwas hängen.“ Der Sachverhalt des im „Grundstein“ geschilderten Berichts verhält sich wahrheitsgemäß wie folgt: Zweck Hebung der durch die Wirbelwindkatastrophe in Lingen hervorgerufenen Schäden wurde im Lingen Baugewerbe Ueberarbeit geleistet. Diese Ueberarbeit wurde von den Unternehmern aber nicht nur auf die durch den Wirbelwind hervorgerufenen Schäden, sondern auch auf die übrigen Neubauten ausgedehnt. Seitens unserer örtlichen Verbandsleitung wurde den Unternehmern mitgeteilt, daß für die geforderten Ueberstunden der tarifliche Ueberstundenzuschlag zu zahlen sei. Eine Kommission der Unternehmer wurde hierauf beim Kollegen Sandzettel vorstellig und wollte von diesem die Zusage haben, daß auf den Ueberstundenzuschlag verzichtet würde. Kollege Sandzettel erklärte dieser Verhandlungskommission, daß er nicht berechtigt sei, eine derartige tarifwidrige Zusage zu geben, sondern daß er auf strikter Durchführung des Tarifvertrages durch die Unternehmer bestehe. Er

Am 20. August 1927 ist der vierunddreißigste Wochenbeitrag für das Jahr 1927 fällig.

sei bereit, bei seinen Mitgliedern dafür einzutreten, daß diese im Interesse der Sturmgeschädigten auf den Ueberstundenzuschlag verzichteten, wenn die Unternehmer sich bereit erklärten, auch im Interesse der Sturmgeschädigten für die Ueberstunden auf den Unternehmerzuschlag zu verzichten. Dieses lehnte die Verhandlungskommission der Unternehmer ab und erklärte, daß, wenn auf der Zahlung des Zuschlags bestanden würde, die Ueberarbeit sofort eingestellt würde, zumal die dringenden Arbeiten ja bereits beendet seien. Zu dieser mit den Unternehmern gepflogenen Besprechung wurde in einer Versammlung unseres Verbandes Stellung genommen und beschlossen, wieder die reguläre Arbeitszeit von 48 Stunden die Woche durchzuführen. Dem Vorsitzenden des Deutschen Baugewerksbundes Ortsgruppe Lingen paßte dieser Beschluß nicht so recht in seinen Kram und er arbeitete als einziger auf der Baustelle seine elf Stunden weiter. Da wir seinen Sinn für eine möglichst lange Arbeitszeit kennen, haben wir bisher auch nicht den geringsten Versuch gemacht, ihn zu bewegen, sich an die achtstündige Arbeitszeit zu halten. Er arbeitet auch heute noch seine 11 Stunden pro Woche. Außerdem ist es uns noch in guter Erinnerung, daß er vor einigen Jahren nicht einmal an der zehnstündigen Arbeitszeit an den sechs Wochentagen genug hatte, sondern auch noch den Sonntag mit dazu nahm, um für den Unternehmer zu arbeiten. Nicht etwa ein Gefühl für seine Mitmenschen treibt ihn zur Längerarbeit, sondern nur allein die dann besser gefüllte Bohnentüte und die gute Nummer bei den Eingener Unternehmern. Dieses Sehnen nach der guten Nummer ist ja bei dem Wunsche nach einer Poststelle zu verstehen. Seine Schlappheit in gewerkschaftlichen Fragen den Unternehmern gegenüber geht schon zur Genüge aus folgendem Fall hervor. Ende Mai beantragte er die Einberufung der örtlichen Schlichtungskommission, weil einige im Deutschen Baugewerksbund Lingen organisierte Lehrlinge nicht den im Tarifvertrag vorgeesehenen Lehrlingslohn bekamen. Der Vorsitzende der Schlichtungskommission hat den Antrag ad acta gelegt und die Schlichtungskommission nicht einberufen. Den weiteren Beschwörungsweg zu beschreiten, dazu fehlte dem Vorsitzenden der Lingen Ortsgruppe des Baugewerksbundes der Mut, denn dadurch könnte er es ja mit den Lingen Unternehmern verderben. Warum ist er denn vor einiger Zeit nicht für seinen Kassierer, den Kollegen Niemann, eingetreten, als dieser wegen seines Eintretens für den Achtstundentag den Unternehmer, bei welchem er seit Jahren arbeitete, wechseln mußte? Wir wissen ja worauf diese Schlappheit zurückzuführen ist und beneiden den Deutschen Baugewerksbund, Ortsgruppe Lingen, nicht um einen solchen Vorsitzenden.

Verwaltungsstelle Mannheim. Am 24. Juli hielt die Verwaltungsstelle Mannheim die übliche Halbjahreskonferenz ab. Der Besuch hätte besser sein können. Der verdiente Verwaltungsvorsitzende, Kollege Kießer, begrüßte die Delegierten, besonders den Bezirksleiter Heinrich und den neuen Lokalbeamten Peter Winkel. Nach einem eingehenden Bericht über die Tätigkeit der Verwaltungsstelle im ersten Halbjahr konnte festgestellt werden, daß die

Entwicklung der Verwaltungsstelle zufriedenstellend genannt werden kann. Ganz besonders erfreulich ist, daß die Fluktuation, die in früheren Jahren stark war, heute als nahezu überwunden angesehen werden kann. Kollege Kießer brachte zum Ausdruck, daß bei den allgemeinen Tarifverhandlungen unser Verband wiederum seinen Mann gestellt habe.

Der neue Lokalbeamte Peter Winkel, der durch die Bezirksleitung eingeführt wurde, verbreitete sich in längeren Ausführungen über die Möglichkeiten einer erfolgreichen Agitation im Verwaltungsstellengebiet Mannheim. Vauten- und Hausagitation erhielten dabei den Vorzug. Der Kollege versprach den Delegierten, seine ganze Person in den Dienst unserer Sache zu stellen; er hoffe aber, daß die Mitarbeit in den einzelnen Ortsgruppen nicht ausbleibe, und daß sich unsere Kollegen auf den Arbeitsstellen frei und offen als christlich organisierte Kollegen bekennen.

Nach einer längeren, fruchtbaren Diskussion, die die Arbeit des Verbandes restlos anerkannte, und in der zum Ausdruck kam, welches gutes und inniges Verhältnis zwischen Mitgliedschaft und Bezirksleitung besteht, nahm unser Bezirksleiter, Kollege Heinrich, das Wort zu einem klaren und übersichtlichen Vortrag über die Aufgaben der deutschen Arbeiterschaft in Staat und Wirtschaft. Der Vortrag hinterließ großen Eindruck bei den Delegierten, so daß von jeder Diskussion abgesehen wurde. Ohne Ueberreibung darf festgestellt werden, daß unsere Sache in Mannheim langsam, aber stetig marschiert. Möge die Zahl der Mitarbeiter wachsen, und zwar in allen Berufen!

Gladbeck. (Verwaltungsstellenkonferenz.) Am Sonntag, den 31. Juli, fand im Gladbecker Gesellenhaus die Quartalsauschussung statt. Alle Ortsgruppenvertreter waren vertreten. Auch die Vorsitzenden der drei Jugendgruppen waren vollzählig zur Stelle. Der Verwaltungsvorsitzende, Kollege Gladbeck, begrüßte die Erschienenen, insbesondere den Jugendsekretär Leuninger (Quisburg). Sodann erteilte er dem Kollegen Einig das Wort zum Geschäftsjahres- und Kassenbericht vom 2. Quartal. Einig führte ungefähr folgendes aus:

Im Gegensatz zu den früheren Jahren brachte die diesjährige Bauzeit in allen Ortsgruppen eine gute Beschäftigung. Neben umfangreichen Wohnungsbauten wurde eine Anzahl öffentlicher Gebäude errichtet. Auch die Industriebautätigkeit lebte merklich auf. In Bottrop, Westerbort, Gladbeck und Horst wird eine ganze Reihe neuer Koksanlagen erstellt, wodurch viele unserer Wandermaurer Arbeit und Brot finden. Jedoch muß gesagt werden, daß es den Anschein hat, als ob einige Kommunalverwaltungen den Ernst der Lage nicht ganz erfassen, sonst würden sie der Wohnungsbautätigkeit in verstärktem Maße ihre Aufmerksamkeit widmen. Wir beobachten nämlich, daß, entsprechend dem tatsächlichen Bedürfnis, zubieler Gebäufte- und sonstige dem Wohnungsweesen nicht dienende Bauten und Anlagen geplant werden, wohingegen gerade in dem engbelegten Beste Neblinghausen die Wohnungsnot sich in bedrückendem Maße bemerkbar macht. Auch wird unseres Erachtens zubieler Geld für Sportanlagen und sonstige Spielplätze verwendet. Gewiß soll zur Erleichterung unserer Jugend das Mögliche getan werden. Indes glauben wir, daß einzelne Kommunalverwaltungen hierin die natürliche Grenze überschreiten. Was uns fehlt, das sind in erster Linie Klein-

Erfahrungen und Eindrücke in Genf

Von S. Becker, Arnsherg, M. d. R.

II

(Schluß.)

Auch wenn die beiden in Genf beschlossenen Konventionen mit dem hohen Stand der deutschen Krankenversicherung sich nicht messen können, so bringen sie doch große Vorteile für die Arbeiter jener Länder, in denen man noch keine Krankenversicherung nach deutschem Muster kennt. Weite Kreise unserer deutschen Arbeiterschaft machen sich sehr falsche Vorstellungen über das soziale Denken und Handeln im Auslande. Hätten sie an den Verhandlungen in Genf teilgenommen, dann wäre ihnen wieder zum Bewußtsein gekommen, wie weit

Deutschland dem Auslande auf sozialpolitischem Gebiet voraus

ist. Das gilt vor allem für die soziale Versicherung. Unsere jüngere Generation würde Augen und Ohren aufreißen, wenn sie die Verhandlungen in Genf hätte erleben können. Auch die in Genf anwesenden deutschen sozialdemokratischen Arbeitervertreter gaben unumwunden zu, daß wir in Deutschland auf sozialpolitischem Gebiet um 30 Jahre dem Auslande voraus seien. In mancher Unterhaltung mit Vertretern ausländischer Staaten, auch mit ausländischen Sozialdemokraten, die beim Internationalen Arbeitsamt angestellt sind, wurde uns mehr als einmal die Bewunderung über den Stand der deutschen sozialpolitischen Gesetzgebung ausgesprochen. Von keinem Lande der Welt sei Deutschland erreicht, und es würde noch lange dauern, bis selbst vorgeschrittene Länder der Welt das große Maß an sozialer Gesetzgebung wie Deutschland erreicht hätten.

Die dreiwöchigen Verhandlungen in Genf und die vielen inoffiziellen Besprechungen, die wir mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern hatten, zeigten uns, wie

gering der Einfluß der Arbeitnehmer in den übrigen Staaten,

die an der Internationalen Arbeitskonferenz beteiligt waren, ist. In keinem Lande der Welt haben die Arbeitnehmer einen so großen Einfluß wie in Deutschland, sowohl der Gesetzgebung als auch der öffentlichen Meinung gegenüber. Unsere heranwachsende Generation weiß das kaum mehr zu werten. Wir fürchten, daß sie die sozialen Errungenschaften in Deutschland eines Tages mehr werten wird, nämlich dann, wenn sie sie nicht mehr besitzt. Verlieren können unsere Arbeitnehmer die Errungenschaften aber nur durch eigene Schuld.

Es war ergötlich und traurig anzusehen, mit welchem Ernst und Pathos englische, französische, belgische und andere Arbeitnehmervertreter sich für Selbstverständlichkeiten in der Krankenversicherung einsetzten, über die man in Deutschland seit langer Zeit nicht mehr der Mühe wert hält, zu reden, weil sie von keinem bestritten werden. Man weiß aber auch, wie schwach die Gewerkschaften in vielen dieser Länder, deren Vertreter in Genf so lebendig reden konnten, sind. Wenn der vielgenannte französische sozialistische Gewerkschaftsführer Jouhaux in Genf redet, dann weiß man, daß dort eine sich wichtig dünkende Figur am Rederpult steht, man weiß aber auch, daß nicht viel gewerkschaftliche Macht hinter ihm ist. Und das wissen nicht nur wir, das wissen auch die Arbeitgeber. Auch in der freien Schweiz herrscht bei weitem nicht der soziale Geist wie in Deutschland.

Von einem beim Internationalen Arbeitsamt angestellten Arbeiterführer wurde uns folgender Vortrag, der vor kurzem noch im Genfer Gebiet sich abspielte, erzählt:

Ein Gewerkschaftsführer organisierte sämtliche Arbeiter einer Fabrik (75 Mann). Nach einiger Zeit will er mit dem Betriebsunternehmer einen Tarifvertrag abschließen. Dieser erklärt dem Gewerkschaftsführer, er verhandle nicht mit ihm, sondern nur mit seinen Arbeitern. Daraufhin wendet sich der Gewerkschaftsführer an den Präfecten, der ihn aber ziemlich kühl abweist. In einer Beschwerde an den Bundesrat in Bern wirft der Gewerkschaftsführer dem Präfecten in Genf Mangel an gutem Willen vor, den Streit mit dem Betriebsunternehmer zu schlichten und einen Tarifvertrag herbeiführen zu helfen. Dem Präfecten wird die Beschwerde des Gewerkschaftsführers zugesandt; er stellt Strafantrag gegen ihn wegen Beleidigung, und der Gewerkschaftsführer wird zu 300 Franken Geldstrafe und zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

So ähnlich geschah es vor 20 und mehr Jahren in Deutschland auch.

Freitagsonntag machte ein Teil der deutschen Delegation einen Ausflug auf französisches Gebiet. Wir sahen viele Dörfer und Städtchen. Nirgends Sonntagruhe. Es wurde gearbeitet wie an Wochentagen. Die große Mehrheit der Bevölkerung war erbärmlich gekleidet. Die meisten trugen einen blauweinenen Arbeitsanzug, waren schmutzig und unrasiert. Sie hausten in schauerhaften Wohnungen. Ueberall gab es viele total verfallene Häuser. Entsetzt über das Gesehene, sagte eine deutsche sozialistische Untertagsabgeordnete: Und diese Franzosen wollen uns Deutschen Freiheit und Kultur bringen!

Ein polnischer Delegierter, christlicher Gewerkschaftler, erzählte uns, daß die aus dem Ruhrgebiet in das französische Kohlenbeken ausgewanderten Bergarbeiter den Tag segnen würden, an dem sie an ihre frühere Arbeitsstelle im Ruhrrevier zurückkehren könnten. Weil die vielen in Frankreich beschäftigten polnischen Arbeiter

wohnungen für die breite Masse unseres Volkes. Alle sportliche Erleichterung unserer Jugend wird umsonst sein, wenn nicht gleichzeitig auch dem Wohnungsbau geholfen wird. Daher betrachten wir es als unbedingt erforderlich, daß einmal die produktive Erwerbslosenfürsorge dem Wohnungsbau dienstbar gemacht wird, und zum anderen das Aufkommen aus der Hauswirtschaft gänzlich der Bauwirtschaft zufließt.

Mit der guten Bautätigkeit fleg, dank der opferfreudigen Mitarbeit der Vertrauensleute und Bau-delegierten, auch die Mitgliederzahl. Während wir am 1. Januar 1927 rund 400 Mitglieder in der Verwaltungsstelle zählten, konnten wir am 1. Juli zirka 800 Mitglieder buchen. Mittlerweile ist die Zahl von 800 überschritten worden. In Neuaufnahmen konnten einschließlich der Jugendlichen 122 gemacht werden. Hinzu kamen 28 Uebertritte. Namens des Verwaltungsvorstandes sprach der Referent allen, die zu diesem schönen Erfolg beigetragen haben, den wärmsten Dank aus. Sodann konnte er mitteilen, daß bis 1. Juni 14 Kollegen sich durch ihre Verarbeitung die ausgezeichneten Prämien des Hauptvorstandes erworben. Weitere zehn bis zwölf Kollegen werden noch im Laufe dieser Monate diese Auszeichnung erhalten. Kollege Einig sprach allen Kollegen den herzlichsten Glückwunsch des Verwaltungsvorstandes aus und knüpfte daran die Hoffnung, daß sie recht viele Nachfolger finden möchten.

Erfreulicherweise sei es auch gelungen, drei Jugendgruppen innerhalb der Verwaltungsstelle zu errichten. Damit sei die Zahl der Lehrlinge mittlerweile auf 91 gestiegen. Die Frage des Nachwuchses ist damit sicherlich gelöst. Aufgabe aller Mitglieder und Vorstände müsse es nun sein, dafür zu sorgen, daß unsere Lehrlinge zu tüchtigen Gewerkschaftern und brauchbaren Menschen im Beruf und im öffentlichen Leben herangebildet würden.

Der Kassenbericht zeigt ebenfalls ein erfreuliches Bild. Die Einnahme der Hauptkasse in den ersten beiden Quartalen betrug: 10 108,04 Mark, die Einnahme der Lokalkasse, einschließlich des Lokalkassenbestandes, 6 195,13 Mark. Pro Mitglied macht dieses, auf die 26 Beitragswochen berechnet, 26,87 Mark aus. Hierbei muß beachtet werden, daß durch die große Zahl der Neuaufnahmen sich der Protokollbetrag naturgemäß verringert.

Kollege Einig appellierte zum Schluß an alle Delegierten, nunmehr nicht auf den Lorbeer auszurufen, sondern mit ganzer Kraft an der weiteren Stärkung unseres Verbandes zu arbeiten. Vor allem müsse Wert darauf gelegt werden, die nun der Organisation Zugeführten auch derselben zu erhalten. Daher müsse neben einer regelmäßigen Büchereikontrolle auf den Baustellen, für pünktliche Hauszahlung Sorge getragen werden. Nur dadurch sei die Situation einzubämmen.

Den Ausführungen folgte lebhafter Beifall. Die Redatoren Genzowek und Hoze berichteten über die Kassenrevision und beantragten Entlastung des Kassierers, dem zugestimmt wurde.

Sodann nahm der Jugendsekretär, Kollege Leuninger, das Wort zu seinem Vortrage über die Aufgaben in der Jugendbewegung. In zirka dreiviertelstündigen Ausführungen verstand es der Vortragende, den anwesenden Delegierten, vor allem aber den Lehrlingen, die eminente Bedeutung der Jugendfragen für unseren Verband darzulegen. In

vortrefflicher Weise zeigte er, wie die Arbeit in den Jugendgruppen aufzubauen ist. Die Arbeit müsse gewissermaßen als Bindeglied zwischen der praktischen Betätigung auf der Baustelle und der theoretischen Schulung in der Berufsschule gelten! Unsere Aufgabe müsse es sein, aus den jungen Menschen neben eifrigen Gewerkschaftern auch erstklassige Qualitätsarbeiter zu machen. Hierzu gab er eine ganze Reihe von Fingerzeigen und Anregungen. Er empfahl neben der Einrichtung von Kursen und kurzen Referaten in den Jugendversammlungen über alle Berufsfragen auch Besichtigungen alter Baukunstwerke. Dann appellierte er an die älteren Kollegen, stets dessen eingedenk zu sein, daß sie den Jugendlichen Freund und Führer sein müssen. Vor allem müsse das Verhalten auf der Arbeitsstelle dazu angetan sein, dem Jugendlichen und Lehrling Sinn für Achtung und Autorität einzusößen. Durch lästernde und leichtsinnige Redensarten könne dieses sicherlich nicht erzielt werden. Schließlich müßte es unsere Aufgabe sein, die jungen Menschen zu brauchbaren Staatsbürgern heranzubilden.

Auch diese Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Eine außerordentlich lebhaft diskutierte letzte nach diesem Vortrag ein. Die Kollegen Wulj, Hoze, Holtmann, Flach und andere unterstrichen in markanten Worten die Notwendigkeit entschiedener Jugendarbeit anerkannt. Mit großer Entrüstung wurde festgestellt, daß die Arbeitgeber zum großen Teil sich nicht dazu aufschwingen können, den Lehrlingen ihr tarifliches Recht hinsichtlich der Löhne und Entschädigung der Fortbildungsschulstunden, soweit sie in die Arbeitszeit fallen, zuzugestehen. Daher müsse die Verbandsleitung dafür Sorge tragen, daß die Innungsmeister baldigst eines besseren belehrt werden. Kollege Einig konnte hierzu mitteilen, daß der Sühntermin am Arbeitsgericht Gladbeck noch nicht zu dem gewünschten Erfolg geführt habe, da der Lehrlingsausschuß auf Grund der Paragraphen 81a und 103e der Gewerbeordnung vorerst noch hierzu gehört werden soll. Klar und eindeutig habe jedoch der Vorsitzende des Arbeitsgerichts dem Vertreter der Arbeitgeber, Syndikus Dr. Schuhmacher (Vortrop), zu verstehen gegeben, daß auf Grund einer Entscheidung des Reichsgerichts überall dort, wo ein Tarifvertrag in einem Berufe abgeschlossen ist, die in demselben festgesetzten Lehrlingslöhne zu zahlen sind. Hiermit müßten sich wohl über übel die Arbeitgeber abfinden. Ein eigenartiges Bild auf die Geistesverfassung der Arbeitgeber Kruse und Bergendahl in Vortrop werfe es, daß dieselben einige ihrer Lehrlinge fristlos entließen, weil der christliche Bauarbeiterverband für diese die Tariflöhne verlangte, trotzdem alle drei ein ordentliches Lehrverhältnis eingegangen sind, was durch einen schriftlichen Lehrvertrag bestätigt ist. Die Verbandsleitung werde die Schritte unternehmen, um die Wiedereinstellung durchzusetzen. Eine sonderbare Haltung nahm der Syndikus Dr. Schuhmacher am Arbeitsgericht ein, indem er behauptete, daß die Innungen und Handwerkskammern „allein“ berechtigt seien, die Lehrlingslöhne festzusetzen. Er dürste durch die Äußerung des Vorsitzenden am Arbeitsgericht wohl eines besseren belehrt worden sein. Uebrigens wird die nächste Schlichtungskommmissionsitzung über diese Frage be-
Nachdem Kollege Einig noch kurz über das bisherige Ergebnis der Baukontrollen im Ver-

waltungsbereich berichtet hatte, ermahnte er die Kollegen, in den Ortsgruppen dafür Sorge zu tragen, daß der Vertrieb der Lose für unsere Jugendherbergen in Auf komme. Ebenso machte er darauf aufmerksam, daß auf unserer Geschäftsstelle eine Sparannahmestelle der „Deutschen Volksbank“ eingerichtet sei, und ersuchte die Kollegen, ihre Sparsperrnisse unserer eigenen Bank zuzuführen. Auch dieses sei eine gewerkschaftliche Notwendigkeit. Zum Schluß machte er noch die Mitteilung, daß der Hauptvorstand zur Beteiligung an der Hindenburgpende aufgefordert habe. Er werde in der nächsten Zeit die Liste in den Ortsgruppen herumgehen lassen. Mögen auch hieran unsere Kollegen, entsprechend ihren Verhältnissen, sich beteiligen.

Polier- und Schachtmeisterbewegung

Ortsgruppe Essen. Am 9. Juli fand im Lokal Giese unsere Monatsversammlung statt. Sie war trotz des schlechten Wetters gut besucht. Der 1. Vorsitzende, Kollege Jakob Behr, eröffnete die Versammlung und begrüßte den Referenten des Abends, den neuen Jugendsekretär, Kollegen Leuninger aus Duisburg. Nachdem der Schriftführer die Niederschrift der letzten Versammlung verlesen hatte, erhielt Kollege Leuninger das Wort zu seinem Vortrag. In kurzen, trefflichen Sätzen bewies der Redner, wie notwendig es sei, einen sowohl gewerkschaftlich als auch beruflich tüchtigen Nachwuchs heranzubilden, und wie der Kampf um die Jugend auf der ganzen Linie entbrannt sei. In eindringlicher Weise ersuchte er die anwesenden Kollegen, in dieser bedeutsamen Frage nicht beiseite zu stehen, sondern tatkräftig mitzuhelfen, weil doch gerade der Polier auf der Baustelle den größten Einfluß auf den Lehrling hat. Weiter zeigte er einige Modelle, welche die Jugendabteilung in Duisburg angefertigt hat, und wie man die Jugend an Kursen und Versammlungen interessieren und weiterbilden kann. Auch hierzu erbat er die Hilfe einiger intelligenter Kollegen.

Die anschließende Ansprache zeigte dem Redner, daß seine Worte auf fruchtbaren Boden gefallen waren. Der Leiter der Versammlung, Kollege Jakob Behr, versprach dem Jugendsekretär, im Namen aller Essener Poliere, ihn mit allen Kräften zu unterstützen, damit die hohen Ziele, welche der christliche Bauarbeiterverband sich gesteckt hat, auch voll und ganz erreicht werden.

In seinem Schlußwort dankte Kollege Leuninger für die versprochene Mitarbeit und betonte, daß er selten eine Ansprache gehört habe, welche auf einem solch hohen Niveau gestanden hätte.

Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten schloß Kollege Behr die Versammlung mit dem Wunsch, im nächsten Monat wieder ein vollbesetztes Lokal zu sehen.

Don den Arbeitsstellen

In einer Woche zwei schwere Bauunfälle in München

Am Mittwoch, dem 3. August, stürzte in einem Wohnhausneubau an der Zimplerstraße die Betondecke des Treppenhauses im vierten Stock herab und durchschlug sämtliche als Treppen benützte Laufbrücken. Zwei auf den Laufbrücken anwesende Bauarbeiter wurden in die Tiefe gerissen und schwer verletzt. Einer konnte sich selbst herausarbeiten, der andere mußte durch Berufscollegen und Feuerwehr aus den Trümmern herausgeholt werden. Seine Verletzungen sind schwerer Natur. Die Unfallursache dürfte in schlechtem Material oder vorzeitigem Ausschalen oder falscher Belastung zu suchen sein.

Am Freitag, dem 5. August, löste sich bei einer Dacharbeit an einem Hinterhaus an der Holzstraße ein Dübelerüst in beträchtlicher Höhe, die vier darauf beschäftigten Personen mit sich reisend. Ein Spenglermeister war sofort tot, ein Gehilfe starb kurz darauf in der Klinik, drei weitere Arbeiter erlitten innere Verletzungen und Gehirnerschütterungen. Das Gerüst aus dreieckförmigen Trägern aus Eisenrohr, mit Dübeln an der Mauer befestigt, war von der Lokalbaukommission nicht genehmigt. Anscheinend fanden die Personen zu nahe heineinander und war das an sich schon schwache Gerüst dieser Ueberlastung nicht gewachsen.

Fulda. Bei der Firma Schweizer und Oppler aus Berlin, welche auf Schacht Hedwigsburg bei Neuhoß Abbrucharbeiten ausführt, mehrten sich die Unfälle. Am 11. Juli verunglückte unser Kollege Wilhelm Nolter aus Oppers durch Balkenrutschen und erlitt einen Beckenbruch, so daß er ins Krankenhaus überführt werden mußte.

Am Freitag, den 5. August, ist bei denselben Abbrucharbeiten unser treuer Kollege Engelbert Bauer aus Neuhoß-Oppers aus 8 Meter Höhe von einem Balken mit in die Tiefe gerissen worden und hat das Genick gebrochen. Der Tote hinterläßt eine Witwe mit mehreren Kindern. Hoffentlich ist nun das letzte Opfer an dieser Abbruchstelle gebracht worden.

Die Kollegen sollen, ungeachtet der Antreibung, bei solchen gefährlichen Arbeiten sich stets vorsichtig bewegen und vor allem solidarisch handeln, um solche Unfälle zu verhüten.

Sonn- und Feiertags nicht hätten arbeiten wollen, wären sie von den französischen sozialistischen Arbeitern als Faschisten beschimpft worden, und es hätte deshalb manche Schlägerei gegeben. Ja, ja, man nahm dem französischen Proletariat die Religion, und verweigert ihm die Sonntagsruhe. Auch in der Schweiz waren Sonn- und Feiertags die Läden bis in die späte Nacht geöffnet. Die in Genf anwesenden deutschen Sozialdemokraten geißelten die gezeigten transigen sozialen Zustände, die sie besonders auf französischem Gebiet fanden, mit drastischen Worten. Ob sie es auch ihren Anhängern in Deutschland sagen?

Und warum sagen wir es? Damit unsere Arbeitnehmerschaft sieht, was wir in jahrzehntelanger, mühseliger Arbeit in Gewerkschaften und Arbeitervereinen, in der Gesetzgebung und sozialen Verwaltung erreicht haben. Unserer aller Arbeit war erfolgreich. Das zu sehen, woran an zu weiterer unbedrossener Arbeit in Gewerkschaften und Vereinen und der sozialen Gesetzgebung.

Zum Schluß unserer Betrachtung wollen wir noch darauf hinweisen, daß zum Vorsitzenden der Internationalen Arbeitskonferenz, der Juber Sir Paul Cartier gewählt wurde. Er leitete die Sitzungen des Plenums und führte ein strenges Regiment. Ein Festhalten auf dem Präsidentenstuhl hätte wohl kaum so verstanden dürfen, aber von dem schneidigen Juber ließ man es sich gefallen.

Es waren eine Anzahl Vertreter der farbigen Nationen in Genf, die sich aktiv an den Verhandlungen beteiligten.

Das Selbstbewußtsein der Farbigen steigt zusehends. Ganz zweifellos sind unter ihren Führern hochqualifizierte und gebildete Menschen, die ihre Völker emporzuführen in der Lage sein werden. Die Farbigen haben im Kriege gegen die

Mittelmächte gekämpft, und in den besetzten deutschen Gebieten durften sie als Kommandeure von Deutschen auftreten. Kein Wunder, wenn ihr Selbstbewußtsein sich hebt.

Die Tage in Genf ermöglichten aber auch einen Einblick in die Mentalität der Asiaten. Sie sprachen von ihrer aufblühenden Industrie, wie beispielsweise ein Arbeitgebervertreter von Indien es tat, die aber bei ihrer tiefstehenden Arbeiterchaft noch nicht stark genug sei, um viel soziale Lasten auf sich zu nehmen. Indische Arbeiter verdienen, so wurde uns gesagt, vielfach wöchentlich nur 5-6 Schilling (5-6 Reichsmark) und ihre gewerkschaftlichen Organisationen seien noch sehr wenig durchgebildet. Die Vertreter Asiens setzten sich deshalb auch dafür ein, daß der kulturelle und soziale Tiefstand der Arbeitnehmerschaft in vielen Staaten in den Konventionen über die Krankenversicherung berücksichtigt werden müsse, was dann auch geschehen ist. Es ist nämlich im Artikel 6 bestimmt, daß die Krankenversicherung auch vom Staate verwaltet werden kann, wenn und solange die Selbstverwaltung infolge besonderer Verhältnisse, namentlich der noch unzulänglichen Entwicklung der Berufsverbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, erschwert, untaunlich oder unmöglich ist.

Aber man merke aus den Äußerungen asiatischer Unternehmer heraus, daß sie gern ihre Arbeiterschaft sozial und kulturell gehoben sehen möchten, inszusagen als eine Voraussetzung für den Aufstieg ihres gesamten Volkes. Die Asiaten sind hellhörig und sehen gut, sie sehen alles, was sie sehen wollen. Vor allen Dingen sehen sie die Schwächen Europas und lugen aus, wie sie sie für sich ausnutzen können. Die Asiaten werden weiter Terrain gewinnen. Daß man einen aus ihren Reihen zum Präsidenten dieser wichtigen Internationalen Arbeitskonferenz gemacht hat, war ein Triumph für sie, und wird ihr Selbstbewußtsein nur noch steigern. Die Welt geht ihren Lauf.